

Basiswissen von Alpmann Schmidt – der Einstieg in das Rechtsgebiet leicht und verständlich

## Verwaltungsrech<sup>-</sup>

9. Auflage 2022

Das **Basiswissen Verwaltungsrecht** dient als Einstieg in das Rechtsgebiet und richtet sich an alle, die sich erstmals mit diesem Rechtsgebiet beschäftigen. Das Skript setzt keine Vorkenntnisse voraus und behandelt alle Fragen, die für die ersten Klausuren aus dem Allgemeinen Verwaltungsrecht und dem Verwaltungsprozessrecht von Bedeutung sind.

#### Inhalt:

- Grundlagen des Allgemeinen Verwaltungsrechts
  - Rechtmäßigkeit eines Verwaltungsakts
  - Aufhebung von Verwaltungsakten
  - Verwaltungsvollstreckung
  - Der öffentlich-rechtliche Vertrag
  - Verwaltungsrechtliche Ansprüche
  - Öffentliche Ersatzleistungen
- Grundlagen des Verwaltungsprozessrechts
- Verwaltungsrechtsweg
- Klagearten
- Sachurteilsvoraussetzungen
- Vorläufiger Rechtsschutz
- Das Widerspruchsverfahren



В

022

Basiswissen Verwaltungsrecht

Basiswissen

Wüstenbecker

Verwaltungsrecht

9. Auflage 2022

Alpmann Schmidt

Alpmann Schmidt





## **F** Fälle

## Passend zur Reihe B-Basiswissen!



- Die Reihe F-Fälle zeigt die typischen Klausurprobleme gutachtlich gelöst, inklusive Klausurtechnik und -taktik.
- Übersichten erleichtern den Einstieg in das jeweilige Prüfungsschema.
- Perfekt für die Vorbereitung auf die Semesterabschlussklausuren oder als Wiederholung für höhere Semester.
- Optimale Ergänzung zur Reihe B-Basiswissen erst Wissen erwerben, dann auf Fälle anwenden!
- Leseprobe: t1p.de/ilze4

## Erfolgreich in den Klausuren mit Alpmann Schmidt



#### **B-Basiswissen**

Das abstrakte Wissen für die Semesterabschlussklausuren – mit zahlreichen Beispielen, Übersichten & Aufbauschemata Preis: 10.90 – 12.90 €



#### F-Fälle

Die wichtigsten Fälle zur Vorbereitung auf die Semesterabschlussklausuren – zum Lösen & Lernen, mit Hinweisen zur Klausurtechnik und -taktik Preis: 9,90 − 12,90 €



#### A-Aufbauschemata

Die Aufbau- und Prüfungsschemata zu allen relevanten Rechtsnormen des Rechtsgebiets – mit zahlreichen Querverweisen & Problemhinweisen Preis: 16.90 – 17.90 €



#### **D-Definitionen**

Die Definitionen aller relevanten Rechtsbegriffe & Tatbestandsmerkmale aus einem Rechtsgebiet als praktische Hilfe zum Lernen & Nachschlagen Preis: 10.90 − 11.90 €

# **E 1** Examenskurse für das 1. Examen



## **Examensvorbereitung** ist Vertrauenssache

- uns vertraut man seit 1956

überzeugen Sie sich selbst

Wir heißen Sie als Probehörer willkommen!







## Basiswissen Verwaltungsrecht

Grundlagen des Allgemeinen Verwaltungsrechts und des Verwaltungsprozessrechts

2022

Horst Wüstenbecker Rechtsanwalt und Repetitor

#### Wüstenbecker, Horst

Basiswissen Verwaltungsrecht

9. Auflage 2022

ISBN: 978-3-86752-845-0

Verlag Alpmann und Schmidt Juristische Lehrgänge Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Münster

Die Vervielfältigung, insbesondere das Fotokopieren, ist nicht gestattet (§§ 53, 54 UrhG) und strafbar (§ 106 UrhG). Im Fall der Zuwiderhandlung wird Strafantrag gestellt.

Unterstützen Sie uns bei der Weiterentwicklung unserer Produkte. Wir freuen uns über Anregungen, Wünsche, Lob oder Kritik an: feedback@alpmann-schmidt.de

1. Teil: Allgemeines Verwaltungsrecht	1
1. Abschnitt: Gegenstand des Verwaltungsrechts	1
A. Die verwaltungsrechtliche Klausur	
I. Verwaltung und Verwaltungsrecht	
II. Bedeutung in der Klausur	
B. Abgrenzung Öffentliches Recht – Privatrecht	
I. Eindeutige Fälle	
II. Indizien	
III. Abgrenzungstheorien	
C. Verwaltungsträger	
I. Bundes- und Landesverwaltung	
II. Unterstaatliche Verwaltungsträger	
■ Check: Abgrenzung Öffentliches Recht – Privatrecht	
2. Abschnitt: Der Verwaltungsakt	
A. Arten des Verwaltungshandelns	
B. Klausurrelevanz	
C. Begriffsmerkmale des VA	
I. Hoheitliche Maßnahme	
II. BehördeIII. Auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts	
IV. Regelung Parkt fallers	
1. Begründung von Rechtsfolgen	
2. Finalität	
V. Einzelfall	
VI. Außenwirkung	
1. Finalität	
2. Außenwirkung im Sonderstatusverhältnis	14
Beziehungen zwischen verschiedenen Verwaltungsträgern	1 5
4. Mehrstufiger VA	
■ Check: Begriffsmerkmale des VA	
3. Abschnitt: Rechtmäßigkeit des Verwaltungsakts	
A. Erforderlichkeit einer Ermächtigungsgrundlage	
I. Vorbehalt des Gesetzes	
Kein Handeln ohne Gesetz	
2. Arten der Ermächtigungsgrundlage	
II. Auswahl der Ermächtigungsgrundlage	
1. Spezialitätsgrundsatz	
2. VA-Befugnis	
III. Wirksamkeit der Ermächtigungsgrundlage	
■ Check: Ermächtigungsgrundlage	24

	B. Fo	rmelle Rechtmäßigkeit	25
	l.	Zuständigkeit	25
		Sachliche Zuständigkeit	25
		2. Instanzielle Zuständigkeit	
		3. Örtliche Zuständigkeit	
	II.	Verfahren	
	III.	Form	
		1. Grundsatz der Formfreiheit	27
		2. Elektronischer VA	27
		3. Begründung des VA	28
		4. Rechtsbehelfsbelehrung	28
	IV.	Rechtsfolgen formeller Fehler	28
		1. Heilung	28
		2. Unbeachtlichkeit	29
	C. Ma	aterielle Rechtmäßigkeit	
	l.	Voraussetzungen der Ermächtigungsgrundlage	
	II.	Adressat	
	III.	Allgemeine Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen	
		1. Bestimmtheit	
		2. Möglichkeit	
		3. Verhältnismäßigkeit	
	IV.	Rechtsfolge	34
		1. Gebundene Entscheidung oder Ermessens-	
		entscheidung	
		2. Ermessensfehler	
		k: Rechtmäßigkeit des VA	
		auschema: Rechtmäßigkeit eines VA	
		benbestimmungen	
	l.	Arten	
	II.	Rechtmäßigkeit von Nebenbestimmungen	40
4.	Absc	hnitt: Wirksamkeit des VA	41
	A. Nic	chtigkeit des VA	41
	B. Tat	bestandswirkung	42
	C. Be	kanntgabe	42
5.	Absc	hnitt: Aufhebung von Verwaltungsakten	43
		chtsgrundlagen für die Aufhebung	
		cknahme des VA gemäß § 48 VwVfG	
	l.	Rücknahme eines rechtswidrigen belastenden VA	
	II.	<del>-</del>	
		1. Rücknahme eines Geld- oder Sachleistungs-VA	
		2. Rücknahme sonstiger begünstigender VAe	

		3. Rücknahmefrist (§ 48 Abs. 4 VwVfG)	47
		4. Besonderheiten bei unionsrechtswidrigen VAen	48
	C. Wi	derruf des VA gemäß § 49 VwVfG	48
	l.	Widerruf eines rechtmäßigen belastenden VA	48
	II.	Widerruf eines rechtmäßigen begünstigenden VA	48
		1. Widerruf für die Zukunft nach	
		§ 49 Abs. 2 VwVfG	49
		2. Widerruf für die Vergangenheit nach	
		§ 49 Abs. 3 VwVfG	
	D. Rü	ckforderung gemäß § 49 a VwVfG	52
	l.	Leistung durch VA	52
	II.	Gebundene Entscheidung	52
	III.	Verzinsung	52
	E. Wi	ederaufgreifen des Verfahrens (§ 51 VwVfG)	53
	l.	Wiederaufgreifen im engeren Sinne	54
	II.	Wiederaufgreifen im weiteren Sinne	54
	Chec	k: Aufhebung eines VA	55
6	Abscl	hnitt: Verwaltungsvollstreckung	56
U.		llstreckung von Geldforderungen	
		rwaltungszwang	
	I.	Gestrecktes Verfahren	
	١.	Wirksamer, vollstreckbarer GrundVA	
		Ordnungsgemäßes Vollstreckungsverfahren	
		a) Zwangsmittel	
		b) Vollstreckungsakte	
	ш	Sofortvollzug	
	11.	1. Vollstreckungsvoraussetzungen	
		Vollstreckungsvoraussetzungen  Vollstreckungsverfahren	
	Ш	Folgen des Verwaltungszwangs	
		k: Verwaltungsvollstreckung	
7.		hnitt: Der öffentlich-rechtliche Vertrag	
	A. Be	griffsmerkmale	
	I.	Abgrenzung	
	II.	Arten öffentlich-rechtlicher Verträge	
		sprüche aus öffentlich-rechtlichen Verträgen	
	I.	Anspruch entstanden	
		1. Einigung	
		2. Schriftform (§ 57 VwVfG)	64
		3. Beteiligung Dritter oder anderer Behörden	
		(§ 58 VwVfG)	
		4. Keine Nichtigkeitsgründe (§ 59 VwVfG)	
	II.	Kein Erlöschen und keine Einreden	66

	III.	Rechtswirkungen des Vertrages	66
		1. Rechtsfolgen eines wirksamen ör Vertrages	66
		2. Rechtsfolgen nichtiger Verträge	67
	Chec	k: Öffentlich-rechtlicher Vertrag	68
8.	Abscl	nnitt: Verwaltungsrechtliche Ansprüche	69
		entlich-rechtlicher Abwehr- und Unterlassungs-	
		spruch	69
	l.	Rechtsgrundlage	
		1. Abwehr rechtswidriger VAe	
		2. Abwehr schlichten Verwaltungshandelns	69
		3. Dogmatische Herleitung	69
	II.	Anspruchsvoraussetzungen	70
		1. Hoheitliches Handeln	70
		2. Eingriff in ein subjektives Recht	70
		3. Rechtswidrigkeit des Eingriffs	71
		4. Eingriff dauert an oder steht bevor	71
		Rechtsfolge	
	B. Fol	genbeseitigungsanspruch	71
	l.	Rechtsgrundlage	
		1. Sekundäransprüche im öffentlichen Recht	
		2. Folgenbeseitigungsanspruch	
		3. Dogmatische Herleitung	
	II.	Anspruchsvoraussetzungen	
		1. Hoheitliches Handeln	
		2. Eingriff in ein subjektives Recht	
		3. Rechtswidriger Zustand	
		4. Fortdauernde Beeinträchtigung	
		5. Keine Ausschlussgründe	
		Rechtsfolge	
	Chec	k: Verwaltungsrechtliche Ansprüche	76
9.	Abscl	nnitt: Öffentliche Ersatzleistungen	77
	A. Ha	ftung für Pflichtverletzungen	
	l.	Amtshaftung	77
		1. Rechtliche Konstruktion	
		2. Voraussetzungen der Amtshaftung	78
		a) Hoheitliches Handeln	
		b) Amtspflichtverletzung	
		c) Verschulden	
		d) Kein Haftungsausschluss	
		3. Rechtsfolge	
	II.	Ordnungsrechtliche Unrechtshaftung	80

	III.	Unionsrechtliche Staatshaftung	80
		1. Haftungsvoraussetzungen	81
		2. Rechtsfolgen	
	IV.	Vertragliche und vertragsähnliche Haftung	
		1. Haftungsgrundlage	81
		Anspruchsvoraussetzungen	
	B. Ent	tschädigung bei Eingriffen in das Eigentum	
	(Ar	t. 14 GG)	82
	l.	Enteignungsentschädigung	
	II.	Ausgleichspflichtige Inhaltsbestimmungen	83
	III.	Enteignungsgleicher Eingriff	83
		Enteignender Eingriff	
	C. All	gemeiner Aufopferungsanspruch	84
	Checl	k: Öffentliche Ersatzleistungen	85
2.	Teil:	Verwaltungsprozessrecht	86
1.	Abscl	nnitt: Einleitung	86
		waltungsgerichtliche Klausuren	
		ifung der Zulässigkeit	
	Ι.	Rechtsweg	
	II.	Klageart	
	III.	Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	
		Allgemeine Sachurteilsvoraussetzungen	
2		nnitt: Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs .	
۷.		fdrängende Spezialzuweisungen	
		neralklausel des § 40 Abs. 1 S. 1 VwGO	
	D. Ge	Öffentlich-rechtliche Streitigkeit	
	1.	Eindeutige Maßnahmen	
		Streitentscheidende Norm	
		Stiertenscheidende Norm  Einheitlicher Rechtsweg	
	II.	Nichtverfassungsrechtliche Streitigkeit	
		Abdrängende Sonderzuweisungen	
	111.	Besondere Verwaltungsgerichte	
		Zuweisung an die ordentlichen Gerichte	
	Chec	k: Verwaltungsrechtsweg	
		-	
3.		hnitt: Statthafte Klageart	
		fechtungsklage	
	l.	Zulässigkeit der Anfechtungsklage	
		1. Verwaltungsrechtsweg	
		2. Statthaftigkeit	
		3. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	96

		II.	Begründetheit der Anfechtungsklage	97
			1. Objektive Rechtswidrigkeit und Rechtsverletzung .	97
			2. Entscheidungserheblicher Zeitpunkt	97
	В.	Vei	pflichtungsklage	98
		l.	Zulässigkeit der Verpflichtungsklage	98
			1. Verwaltungsrechtsweg	98
			2. Statthaftigkeit	98
			3. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	99
		II.	Begründetheit der Verpflichtungsklage	99
			1. Prüfungsmaßstab	
			2. Entscheidungserheblicher Zeitpunkt	100
	C.	For	tsetzungsfeststellungsklage	
		I.	Zulässigkeit der Fortsetzungsfeststellungsklage	101
			1. Verwaltungsrechtsweg	
			2. Statthaftigkeit der Fortsetzungsfeststellungsklage .	101
			3. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	102
		II.	- · · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	
			k: Klagearten I	
	D.	All	gemeine Leistungsklage	
		I.		
			1. Verwaltungsrechtsweg	
			2. Statthaftigkeit der allgemeinen Leistungsklage	
			3. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	
			4. Allgemeine Sachurteilsvoraussetzungen	
		II.	<b> </b>	
	E.		gemeine Feststellungsklage	
		I.	Zulässigkeit der allgemeinen Feststellungsklage	
			1. Verwaltungsrechtsweg	
			2. Statthaftigkeit der allgemeinen Feststellungsklage	
			3. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	
	_	II.	3	
	F.		waltungsgerichtliche Normenkontrolle	
		l.	Zulässigkeit des Normenkontrollverfahrens	
			1. Verwaltungsrechtsweg	
			2. Statthaftigkeit der Normenkontrolle	
			3. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	
			4. Allgemeine Sachurteilsvoraussetzungen	
_	CI.	II. 	Begründetheit des Normenkontrollantrags	
			k: Klagearten II	
4.	ΑŁ	scl	nnitt: Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	113
	A.	Kla	gebefugnis	
		l.	Anwendungsbereich	113
		Ш	Voraussetzungen	113

		Fallgruppen	
		rverfahren	
	I.	Erforderlichkeit des Vorverfahrens	
	II.		
	III.	Entbehrlichkeit des Vorverfahrens	116
	C. Kla	agefrist	
	l.	Anwendungsbereich	116
	II.	Fristberechnung	117
		Rechtsbehelfsbelehrung	
	IV.	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	117
	D. Rio	chtiger Klagegegner	118
	l.	Prüfungsstandort	118
	II.	Bestimmung des Beklagten	118
5.	Abscl	nnitt: Allgemeine Sachurteilsvoraussetzungen	119
		ständigkeit des Gerichts	
		teiligten-, Prozess- und Postulationsfähigkeit	
	l.	Beteiligtenfähigkeit	
	II.	Prozessfähigkeit	
		Postulationsfähigkeit	
		gemeines Rechtsschutzbedürfnis	
		nstiges	
		ihang	
		k: Besondere und allgemeine Sachurteils-	
_		issetzungen	122
		auschema: Zulässigkeit der verwaltungsgericht-	
_		n Klage	123
_			
6.		nnitt: Vorläufiger Rechtsschutz	
		deutung des vorläufigen Rechtsschutzes	
		rläufiger Rechtsschutz nach § 80 VwGO	
	l.	Aufschiebende Wirkung nach § 80 Abs. 1 VwGO	124
	II.	Ausschluss der aufschiebenden Wirkung nach	
		§ 80 Abs. 2 VwGO	
	C. Da	s gerichtliche Aussetzungsverfahren	
	l.	Zulässigkeit des Aussetzungsantrags	
		1. Verwaltungsrechtsweg	126
		2. Statthaftigkeit	126
		3. Antragsbefugnis	127
		4. Rechtsschutzbedürfnis	127
		5. Sonstiges	127
	II.	Begründetheit des Aussetzungsantrags	128
		1. Entscheidung aufgrund einer Interessen-	
		abwägung	128

	2. Entscheidung bei fehlerhafter Vollziehungs-	
	anordnung	128
D. Vo	orläufiger Rechtsschutz bei Verwaltungsakten mit	
Do	oppelwirkung nach § 80 a VwGO	129
l.	Drittrechtsbehelf hat aufschiebende Wirkung	129
II.	Drittrechtsbehelf hat keine aufschiebende	
	Wirkung	130
E. Vo	orläufiger Rechtsschutz nach § 123 VwGO	130
I.	Zulässigkeit des Antrags nach § 123 Abs. 1 VwGC	131
	1. Verwaltungsrechtsweg	
	2. Statthaftigkeit	131
	3. Antragsbefugnis	131
	4. Rechtsschutzbedürfnis	
	5. Sonstiges	132
II.	Begründetheit des Antrags nach § 123 VwGO	132
	1. Anordnungsanspruch	
	2. Anordnungsgrund	
	3. Rechtsfolge	
	a) Nicht mehr als in der Hauptsache	
	b) Keine Vorwegnahme der Hauptsache	
■ Che	ck: Vorläufiger Rechtsschutz	
7 Abs	:hnitt: Das Widerspruchsverfahren	126
	edeutung des Vorverfahrens	
	üfung des Widerspruchs	
D. 11 І.	Zulässigkeit des Widerspruchs	
1.	Verwaltungsrechtliche Streitigkeit	
	Statthaftigkeit des Widerspruchs	
	Widerspruchsbefugnis	
	4. Form und Frist	
	5. Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen	
II.	9	
	1. Prüfungsmaßstab	
	2. Abhilfebescheid und Widerspruchsbescheid	
<b>–</b> Cha	3. Reformatio in peius	

## 1. Teil: Allgemeines Verwaltungsrecht

## 1. Abschnitt: Gegenstand des Verwaltungsrechts

## A. Die verwaltungsrechtliche Klausur

## I. Verwaltung und Verwaltungsrecht

Im Verwaltungsrecht geht es um die Rechtmäßigkeit und die Abwehr von **hoheitlichen Maßnahmen** der Verwaltung (Exekutive). Gegenstand der verwaltungsrechtlichen Klausur ist daher zumeist

Verwaltungsrecht

- die Rechtmäßigkeit einer Verwaltungsmaßnahme, insbesondere eines sog. Verwaltungsakts (Bescheid, Anordnung, Verfügung o.Ä.) und/oder
- die Abwehr von Maßnahmen der Verwaltung, z.B. durch eine Klage vor dem Verwaltungsgericht.

So ist in der Klausur z.B. die Rechtmäßigkeit einer Polizeiverfügung oder einer baurechtlichen Beseitigungsverfügung zu prüfen oder die Zulässigkeit und Begründetheit einer sog. Anfechtungsklage (§ 42 Abs. 1 Fall 1 VwGO).

Das Verwaltungsrecht ist **Teil des öffentlichen Rechts**. Nach unserer Rechtsordnung gehört eine Rechtsnorm entweder zum Privatrecht oder zum Öffentlichen Recht. **Träger der Verwaltung** ist der Staat, also der Bund und die Länder. Bund und Länder üben nach Art. 20 Abs. 2 S. 2 GG durch ihre Organe **Staatsgewalt** aus. Sie können daher anders als im Zivilrecht Rechte und Pflichten des Bürgers kraft öffentlichen Rechts **einseitig** (hoheitlich) begründen.

Verwaltungsträger

**Beispiele:** Erlass einer Beseitigungsverfügung, Erteilung einer Baugenehmigung, Abschleppen eines verbotswidrig abgestellten Pkw.

Als juristische Personen können Verwaltungsträger aber auch **privatrechtlich** handeln.

**Beispiele:** Verkauf eines städtischen Grundstücks (§ 433 BGB), Verpachtung des Ratskellers als Gaststätte (§ 581 BGB).

## II. Bedeutung in der Klausur

Daher ist es erforderlich, den Bereich des Öffentlichen Rechts vom Privatrecht abzugrenzen. Wichtig ist die **Abgrenzung** in der Klausur vor allem in folgenden Fällen:

Abgrenzung in der Klausur

Bei öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten ist grds. der Verwaltungsrechtsweg eröffnet (§ 40 Abs. 1 S. 1 VwGO), für privatrechtliche Streitigkeiten der Zivilrechtsweg (§ 13 GVG).

- Das Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) ist nur bei öffentlich-rechtlicher Verwaltungstätigkeit anwendbar (§ 1 Abs. 1 VwVfG), für privatrechtliche Maßnahmen der Verwaltung gelten demgegenüber die allgemeinen Vorschriften des BGB.
- Ein **Verwaltungsakt** (VA) setzt nach § 35 S. 1 VwVfG eine Regelung "auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts" voraus. Privatrechtliche Regelungen dürfen daher nicht durch VA getroffen werden.
- Bei öffentlich-rechtlichem (hoheitlichem) Handeln richtet sich die Haftung des Staates nach § 839 BGB, Art. 34 GG (sog. Amtshaftung), während bei privatrechtlicher Tätigkeit die allgemeinen Regeln der §§ 823 ff. BGB gelten.

## B. Abgrenzung Öffentliches Recht – Privatrecht

### Abgrenzung Öffentliches Recht – Privatrecht

#### **■ Eindeutige Fälle**

- Eingriffsverwaltung: öffentlich-rechtlich
- Fiskalverwaltung: privatrechtlich
- nicht Leistungsverwaltung, da dort Wahlrecht besteht

#### ■ Indizien

- Bescheid, Gebühr: öffentlich-rechtlich
- Vertrag, Entgelt: privatrechtlich
- Sachzusammenhang

#### Abgrenzungstheorien

- Subordinationstheorie
- Interessentheorie
- Modifizierte Subjektstheorie

## I. Eindeutige Fälle

Eingriffsverwaltung: öffentlich-rechtlich

Eindeutig öffentlich-rechtlich ist die sog. **Eingriffsverwaltung** (insbes. im Polizei- und Ordnungsrecht), da Eingriffe in Rechte des Bürgers stets hoheitliche Befugnisse des Staates voraussetzen.

**Beispiel:** Eine baurechtliche Beseitigungsverfügung muss gemäß § 40 Abs. 1 S. 1 VwGO vor dem Verwaltungsgericht angefochten werden.

Demgegenüber ist eindeutig privatrechtlich die sog. **Fiskalverwaltung**. Diese unterscheidet sich durch nichts von entsprechenden Geschäften des Bürgers.

Fiskalverwaltung: privatrechtlich **Beispiel:** Für die Klage auf Kaufpreiszahlung für ein städtisches Grundstück ist gemäß § 13 GVG das Zivilgericht zuständig, auch wenn die Stadt klagt.

Schwierigkeiten bei der Abgrenzung zwischen Privatrecht und Öffentlichem Recht ergeben sich im Bereich der **Leistungsverwaltung**. Hier besitzt die Verwaltung ein **Wahlrecht**, ob sie öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich tätig werden will.

So haftet die Stadt für eine Pflichtverletzung des Bademeisters nach § 839 BGB, Art. 34 GG (Amtshaftung), wenn sie die Benutzung des Hallenbades öffentlichrechtlich durch Satzung geregelt hat. Erfolgt die Benutzung dagegen aufgrund privatrechtlicher Regelungen, so haftet die Stadt nach den allgemeinen privatrechtlichen Vorschriften (insbes. §§ 823, 831 BGB).

Leistungsverwaltung: Wahlrecht

#### II. Indizien

Für die Zuordnung können sich gewisse **Indizien** ergeben. So sind die Begriffe Bescheid und Gebühr typischerweise als öffentlichrechtliche Handlungsformen einzuordnen, während das Vorliegen eines Vertrages oder die Zahlung eines Entgelts für privatrechtliche Tätigkeit spricht.

Trifft die Behörde eine Maßnahme in der **Form eines Bescheides**, so handelt es sich stets um einen VA i.S.d. § 35 S. 1 VwVfG, der im Verwaltungsrechtsweg (§ 40 Abs. 1 S. 1 VwGO) anzufechten ist. Dies gilt auch, wenn der VA unzulässigerweise ein privatrechtliches Rechtsverhältnis betrifft (z.B. Kündigung eines privatrechtlichen Vertrages durch VA).

Ein wichtiges Kriterium für die Abgrenzung ist das des **Sachzusammenhangs:** Steht eine Maßnahme mit einem anderen Verwaltungshandeln, das ohne Weiteres als öffentlich-rechtlich einzuordnen ist, in engem Zusammenhang, so ist auch die zu beurteilende Tätigkeit als öffentlich-rechtlich zu qualifizieren.

**Beispiel:** Ein von einem Hoheitsträger ausgesprochenes Hausverbot ist nach teilweise vertretener Ansicht öffentlich-rechtlich, wenn es im Sachzusammenhang mit hoheitlicher Tätigkeit steht, privatrechtlich, wenn es im Zusammenhang mit fiskalischer Tätigkeit erfolgt. Nach der Gegenansicht ist das Hausrecht eines Verwaltungsträgers generell öffentlich-rechtlich zu qualifizieren.

## III. Abgrenzungstheorien

Soweit nicht eindeutig auf die Handlungsform der Verwaltung geschlossen werden kann und auch keine Indizien für die eine oder andere Form ersichtlich sind, stellt sich die Problematik der **Abgrenzungstheorien.** 

Die Abgrenzungstheorien spielen in der Klausur nur eine **untergeordnete Rolle**. Zumeist ist die Zuordnung entweder eindeutig oder kann zwanglos nach den o.g. Kriterien vorgenommen werden.

ļ

Sachzusammenhang

#### 1. Teil

#### Allgemeines Verwaltungsrecht

Subordinationstheorie

Die Subordinationstheorie nimmt ein öffentlich-rechtliches Verhältnis an, wenn zwischen den Beteiligten ein Über-/Unterordnungsverhältnis besteht. Ist die Beziehung dagegen durch Gleichordnung geprägt, so ist sie privatrechtlich einzuordnen.

Interessentheorie

■ Nach der **Interessentheorie** sind öffentlich-rechtlich die Rechtsnormen, die überwiegend dem öffentlichen Interesse dienen, während die im Individualinteresse stehenden Vorschriften dem Privatrecht angehören.

Modifizierte Subjektstheorie Nach der modifizierten Subjektstheorie (Sonderrechtstheorie) liegt öffentliches Recht vor, wenn aus der streitentscheidenden Norm ein Hoheitsträger als solcher, also gerade in seiner Eigenschaft als Träger hoheitlicher Gewalt berechtigt oder verpflichtet wird.

So ist z.B. § 7 StVG eine privatrechtliche Norm, weil Gläubiger und Schuldner auch Privatleute sein können. Öffentlich-rechtlich ist dagegen § 3 StVG, da nur ein Hoheitsträger zur Entziehung der Fahrerlaubnis berechtigt ist, ebenso § 5 ParteiG, der gerade einen Hoheitsträger zur (abgestuften) Gleichbehandlung der Parteien verpflichtet.

l

Da die Theorien nicht in einem Ausschließlichkeitsverhältnis stehen, sondern dieselbe Sache nur von verschiedenen Seiten aus betrachten, ist es sinnvoll, die verschiedenen Theorien in Zweifelsfällen nebeneinander zu prüfen.

Im Zweifel: Öffentliches Recht Führen auch die Abgrenzungstheorien zu keinem greifbaren Ergebnis, so ist im **Zweifel** von einer **öffentlich-rechtlichen Maßnahme** auszugehen: Geht es um die Erfüllung öffentlicher Aufgaben, so besteht die Vermutung, dass der Hoheitsträger seine Aufgaben auch mit den ihm zugewiesenen besonderen Befugnissen des öffentlichen Rechts erfüllen will.

## C. Verwaltungsträger

## I. Bundes- und Landesverwaltung

Träger der Verwaltung sind Bund und Länder. Das Grundgesetz unterscheidet deshalb **Bundes- und Landesverwaltung** (Art. 30, 83 ff. GG), wobei die Kommunen (Gemeinden und Landkreise) Teil der Länder und damit der Landesverwaltung sind.

Behörden im organisationsrechtlichen Sinne Bund, Länder und Kommunen sind als sog. Körperschaften **juristische Personen des öffentlichen Rechts**. Als juristische Personen sind sie nicht handlungsfähig. Für sie handeln ihre **Organe**. Die Organe, die Verwaltungsaufgaben gegenüber dem Bürger wahrnehmen, nennt man **Behörden**.

**Beispiel:** Die Gemeinde hat als juristische Person mehrere Organe (z.B. den Gemeinderat und den Bürgermeister). Der Rat ist i.d.R. nur für die interne Willensbildung zuständig, während der Bürgermeister die Gemeinde im Außenverhältnis als Behörde vertritt.

Bund und Länder können ihre Verwaltungsaufgaben

- durch eigene Behörden oder
- durch andere Verwaltungsträger und deren Organe wahrnehmen.

Werden Verwaltungsaufgaben von Bundes- oder Landesbehörden, also **eigenen Organen** des Staates wahrgenommen, spricht man von **unmittelbarer** Bundes- bzw. Landesverwaltung.

Unmittelbare Staatsverwaltung

Behörden des Bundes sind z.B. die Wasser- und Schifffahrtsämter (vgl. Art. 89 Abs. 2 GG). Landesbehörden sind z.B. die Bezirksregierungen, die Finanzämter und die Polizeipräsidien.

Bund und Länder können aber auch **andere Verwaltungsträger** zur Erfüllung ihrer Aufgaben einschalten. Dann spricht man von **mittelbarer** Bundes- bzw. Landesverwaltung.

Mittelbare Staatsverwaltung

**Beispiel:** Die Gemeinden nehmen auf örtlicher Ebene die sog. Selbstverwaltungsaufgaben (Art. 28 Abs. 2 GG), zum Teil aber auch staatliche Aufgaben wahr (z.B. im Ordnungsrecht). Die Gemeinden sind daher Teil der mittelbaren Landesverwaltung.

## II. Unterstaatliche Verwaltungsträger

Im Fall der mittelbaren Staatsverwaltung schalten Bund und Länder zur Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben **unterstaatliche Organisationen** ein. Diese unterscheiden sich durch ihre organisatorische Struktur:

■ Körperschaften bestehen aus Mitgliedern, die wesentlichen Einfluss auf die Willensbildung haben (z.B. Gemeinden, Universitäten).

Körperschaften

■ In **Anstalten** werden Sachen und Personal organisatorisch zusammengefasst und verselbstständigt sowie dem Bürger i.d.R. zur Benutzung zur Verfügung gestellt (z.B. Sparkassen).

Anstalten

■ **Stiftungen** sind rechtlich verselbstständigte Vermögensmassen. Im Unterschied zu privaten Stiftungen (§§ 80 ff. BGB) müssen öffentlich-rechtliche Stiftungen der Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe dienen.

Stiftungen

**Zur Unterscheidung:** Körperschaften haben Mitglieder, Anstalten haben Benutzer und Stiftungen haben Nutznießer.

#### Check: Abgrenzung Öffentliches Recht – Privatrecht

- **1.** Was ist Gegenstand des Verwaltungsrechts?
- **1.** Im Verwaltungsrecht geht es um die Rechtmäßigkeit und die Abwehr hoheitlicher, d.h. öffentlich-rechtlicher Maßnahmen der Verwaltung.
- **2.** In welchen Fällen ist die Abgrenzung von öffentlichem Recht und Privatrecht von besonderer Bedeutung?
- 2. Die Abgrenzung ist insbes. von Bedeutung
- zur Bestimmung des Rechtswegs,
- bei der Anwendung des VwVfG,
- beim Vorliegen eines VA und
- bei der Haftung.
- **3.** Mit welchen Kriterien lassen sich in der Klausur öffentlichrechtliches und privatrechtliches Handeln abgrenzen?
- **3.** Die Abgrenzung ist eindeutig bei der Eingriffsverwaltung (öffentlich-rechtlich) und bei der Fiskalverwaltung (privatrechtlich). Im Übrigen, insbes. bei der Leistungsverwaltung, können Indizien für die Einordnung sprechen. Ergänzend kann auf die Abgrenzungstheorien und schließlich auf die Zweifelsregelung abgestellt werden.
- **4.** Welche Begriffe sprechen für öffentlich-rechtliches Handeln?
- **4.** Für öffentlich-rechtliches Handeln spricht die Verwendung der Begriffe Bescheid, Satzung, Gebühr, Zwangsgeld, Rechtsbehelfsbelehrung u.Ä.
- **5.** Wie heißen die drei wichtigsten Abgrenzungstheorien und was beinhalten sie?
- **5.** Die Subordinationstheorie stellt auf eine Über-/Unterordnung ab, die Interessentheorie auf das mit der Norm verfolgte Interesse, die modifizierte Subjektstheorie darauf, ob aus der Norm zwingend ein Hoheitsträger als solcher berechtigt oder verpflichtet wird.
- **6.** Was ist der Unterschied zwischen unmittelbarer und mittelbarer Staatsverwaltung?
- **6.** Bei der unmittelbaren Verwaltung handelt der Staat (Bund und Länder) durch eigene Behörden, bei der mittelbaren Verwaltung werden unterstaatliche Verwaltungsträger (z.B. die Gemeinden) eingeschaltet.
- **7.** Was sind Behörden im organisationsrechtlichen Sinne?
- **7.** Behörden sind die Organe des Verwaltungsträgers, die im eigenen Namen Verwaltungsaufgaben gegenüber dem Bürger wahrnehmen.
- **8.** Welche juristischen Personen des öffentlichen Rechts gibt es und wodurch unterscheiden sie sich?
- **8.** Juristische Personen des öffentlichen Rechts sind die Körperschaften (mit Mitgliedern), Anstalten (als organisatorische Zusammenfassung von Sachen und Personen) und Stiftungen des öffentlichen Rechts (als rechtlich verselbständigte Vermögensmasse).

## 2. Abschnitt: Der Verwaltungsakt

### A. Arten des Verwaltungshandelns

Handelt die Verwaltung öffentlich-rechtlich, so ist wichtigste Handlungsform der **Verwaltungsakt** (VA). Nach § 35 S. 1 VwVfG ist ein VA "jede Verfügung, Entscheidung oder andere hoheitliche Maßnahme, die eine Behörde zur Regelung eines Einzelfalls auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts trifft und die auf unmittelbare Rechtswirkung nach außen gerichtet ist."

Legaldefinition des VA in § 35 VwVfG

Sonstiges Verwaltungs-

handeln

**Beispiele:** Polizeiverfügung, Versammlungsverbot, Platzverweis, Beseitigungsverfügung, Baugenehmigung, Fahrerlaubnis.

Andere Arten des Verwaltungshandelns sind vor allem:

- **Willenserklärungen**, insbes. wenn die Behörde nicht öffentlich-rechtlich, sondern privatrechtlich handelt,
- **öffentlich-rechtliche Verträge** (§§ 54 ff. VwVfG), wenn die Behörde nicht einseitig handelt, sondern eine verwaltungsrechtliche Vereinbarung mit dem Bürger trifft,
- schlichtes Verwaltungshandeln und Realakte, wenn unmittelbar keine Rechtsfolgen herbeigeführt werden (z.B. Hinweise, Warnungen, Betrieb öffentlicher Einrichtungen),
- **Rechtsnormen** (Rechtsverordnung und Satzung), wenn es nicht um einen Einzelfall, sondern um allgemeine Regelungen geht,
- Verwaltungsvorschriften und Weisungen, wenn die Maßnahme keine Außenwirkung hat und nur verwaltungsintern wirkt.

#### **B. Klausurrelevanz**

Die Frage, ob eine bestimmte Verwaltungsmaßnahme einen VA darstellt, kann in der Klausur an verschiedenen Stellen auftreten:

- Darstellung des VA in der Klausur
- **Prozessualer Aufbau:** Geht es um die Erfolgsaussichten einer Klage, so ist das Vorliegen eines VA im Rahmen der **Klageart** festzustellen: Anfechtungs- und Verpflichtungsklagen sind nur statthaft, wenn Streitgegenstand ein VA ist (§ 42 Abs. 1 VwGO).
- **Materieller Aufbau:** Ist allgemein die Rechtmäßigkeit einer Maßnahme zu prüfen, so stellt sich die Frage, ob die Maßnahme einen VA darstellt, logisch vorrangig vor der eigentlichen Rechtmäßigkeitsprüfung. Denn die Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen einer Maßnahme hängen von ihrer Rechtsnatur ab.

So gelten nur für den VA z.B. die besonderen formellen Anforderungen in §§ 28, 37, 39 VwVfG. Die Rechtsnatur der Maßnahme braucht aber nur dann im Einzelnen geprüft zu werden, wenn Zweifel bestehen. Liegt eindeutig eine "Verfügung" vor, z.B. nach dem Polizeigesetz (PolG), ist unmittelbar auf die Rechtmäßigkeit der Maßnahme einzugehen.

### C. Begriffsmerkmale des VA

Fasst man die Legaldefinition in § 35 S. 1 VwVfG sprachlich etwas knapper, so sind folgende Merkmale für den VA konstitutiv:

#### Begriffsmerkmale des Verwaltungsakts

- Hoheitliche Maßnahme
- einer Behörde
- auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts
- zur Regelung
- eines Einzelfalls
- mit Außenwirkung

#### I. Hoheitliche Maßnahme

Maßnahme = jede Handlung mit Erklärungsgehalt **1. Maßnahme** (Verfügung, Entscheidung) ist jede Handlung, die einen Erklärungsgehalt hat (z.B. die erhobene Hand eines Verkehrspolizisten als konkludentes Haltegebot). Eine Maßnahme liegt auch vor, wenn ein Bescheid elektronisch erzeugt und als Datei gespeichert wird (sog. **elektronischer VA**, vgl. § 37 Abs. 2 VwVfG). Bereits die Datei ist dann der für den Rechtsverkehr maßgebende VA (unabhängig von einem Ausdruck). Neuerdings kann ein VA auch vollständig durch automatische Einrichtungen erlassen werden, sofern dies gesetzlich zugelassen ist und weder ein Ermessen noch ein Beurteilungsspielraum besteht (sog. **E-VA**, § 35a VwVfG).

Dem Merkmal "Maßnahme" kommt i.d.R. keine eigenständige Bedeutung zu, weil ohnehin noch geklärt werden muss, ob eine "Regelung" vorliegt. Es kann aber zweckmäßig sein, durch Konkretisierung der "Maßnahme" klarzustellen, welcher Vorgang überhaupt auf seine VA-Qualität untersucht wird.

hoheitlich = einseitig

**2.** Umstritten ist, ob der Zusatz "hoheitlich" neben dem Merkmal "auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts" eine selbstständige Bedeutung hat. Teilweise wird angenommen, dass beide Merkmale inhaltsgleich sind. Die Gegenauffassung verweist zu Recht darauf, dass "hoheitlich" ein **einseitiges** Gebrauchmachen von den Befugnissen des öffentlichen Rechts erfordert.

So ist z.B. die Aufrechnung mit einer öffentlich-rechtlichen Forderung kein VA, sondern eine verwaltungsrechtliche Willenserklärung.

#### II. Behörde

**1.** Der Begriff der Behörde wird in § 1 Abs. 4 VwVfG legaldefiniert. Danach ist Behörde jede Stelle, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnimmt. Behörde ist nicht der Verwaltungsträger (also z.B. nicht die Gemeinde als Körperschaft), sondern das **Organ des Verwaltungsträgers** (also bei der Gemeinde der Bürgermeister).

Behörde i.S.d. § 1 Abs. 4 VwVfG

#### Die Körperschaft ist keine Behörde, sondern hat Behörden!

Als juristische Personen sind Körperschaften (z.B. Bund, Länder und Gemeinden) nicht handlungsfähig, sondern handeln durch ihre Organe. Die Organe, die Verwaltungsaufgaben gegenüber dem Bürger wahrnehmen, nennt man Behörden (s.o. S. 4).

**2. Keine behördlichen Maßnahmen** i.S.d. § 35 VwVfG sind solche, die einem Träger hoheitlicher Gewalt überhaupt **nicht zugerechnet** werden können.

**Beispiel:** Anordnungen einer Privatperson (z.B. nicht autorisierte Aufstellung eines Verkehrszeichens durch ein Umzugsunternehmen).

Etwas anderes gilt für Maßnahmen von **Verwaltungshelfern**. Verwaltungshelfer sind Privatpersonen, die Hilfstätigkeiten im Auftrag der Behörde ausführen. Ihr Verhalten wird der Behörde zugerechnet. Deshalb haftet der Staat z.B. für ein Fehlverhalten des Abschleppunternehmers aus Amtshaftung (§ 839 BGB, Art. 34 GG).

Entsprechendes gilt im Fall der **Beleihung**. Beliehene sind Privatpersonen, die aufgrund Gesetzes einzelne hoheitliche Aufgaben **im eigenen Namen** wahrnehmen dürfen. Im Gegensatz zum Verwaltungshelfer ist der Beliehene **selbst Behörde** i.S.d. §§ 1, 35 VwVfG, z.B. der TÜV-Sachverständige nach § 29 StVZO.

**3. Keine Verwaltungsakte** mangels behördlicher Maßnahme sind schließlich Akte der Gesetzgebung und der Rechtsprechung.

Etwas anderes gilt, wenn Organe dieser Staatsgewalten ausnahmsweise Verwaltungstätigkeit ausüben (z.B. der Präsident des Bundestages bei der Ausübung des Hausrechts gemäß Art. 40 Abs. 2 S. 1 GG und bei Fragen der Parteienfinanzierung nach §§ 18 ff. ParteiG).

#### III. Auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts

1. Die hoheitliche Maßnahme muss auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts getroffen werden. Ob dies der Fall ist, richtet sich nach den allgemeinen für die Abgrenzung des öffentlichen Rechts vom Privatrecht entwickelten Kriterien (s.o. S. 2 ff.). Die mögliche Rechtsgrundlage muss eine Vorschrift des öffentlichen Rechts sein, oder die Behörde muss eindeutig von ihr (angeblich) zustehenden hoheitlichen Befugnissen Gebrauch machen.

Verwaltungshelfer

Beleihung

Das Merkmal "auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts" ist etwas zu weit gefasst. Keine VAe sind Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiet des Staatsorganisationsrechts und des Völkerrechts (sog. Regierungsakte) sowie prozessuale Maßnahmen der Gerichte.

Nach h.M. liegt ein VA unabhängig von der materiellen Regelung immer dann vor, wenn die Behörde eindeutig in der Form eines VA gehandelt hat (sog. **formeller VA**).

**Beispiele:** Kündigung eines privatrechtlichen Vertrages durch VA, Aufrechnung durch VA.

- Die Frage, wie die Behörde hätte handeln müssen, ist keine Frage der Rechtsnatur der Maßnahme, sondern ihrer Rechtmäßigkeit.
  - **2. Keine Verwaltungsakte** sind die privatrechtlichen Maßnahmen der Behörde. Dies gilt nicht nur für **fiskalisches Handeln** (Anschaffung von Waren oder Vergabe von Bauaufträgen), sondern auch für das sog. **Verwaltungsprivatrecht**, wenn in privater Form öffentliche Aufgaben erfüllt werden (z.B. sozialer Wohnungsbau).

Werden gegenüber dem Bürger unmittelbar öffentliche Aufgaben erfüllt, so kann sich die Verwaltung auch bei privatrechtlichem Handeln nicht den öffentlich-rechtlichen Bindungen entziehen. Deshalb gelten im Verwaltungsprivatrecht neben den Zuständigkeitsvorschriften des öffentlichen Rechts vor allem auch die Grundrechte und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

## IV. Regelung

Eine Regelung i.S.d. VA-Begriffs liegt vor, wenn die Maßnahme ihrem Ausspruch nach **unmittelbar auf die Herbeiführung einer Rechtsfolge gerichtet** ist.

## 1. Begründung von Rechtsfolgen

Die **Rechtsfolge** besteht typischerweise in der Begründung, Änderung, Aufhebung oder verbindlichen Feststellung von Rechten und Pflichten.

**Beispiele:** Verbot einer Versammlung, Gebot zum Wegfahren eines verbotswidrig abgestellten Pkw, Ernennung eines Beamten, Erteilung oder Versagung einer Erlaubnis, Aufhebung eines Verwaltungsaktes.

Abgrenzung Hinweis – feststellender VA

a) Kein VA mangels Regelung ist der bloße Hinweis auf die ohnehin geltende Rechtslage. Davon zu unterscheiden ist der feststellende VA, mit dem die Behörde die verbindliche Klärung oder Durchsetzung der gesetzlichen Rechtslage bezweckt. Die Regelung i.S.d. § 35 VwVfG setzt nicht voraus, dass eine Rechtsfolge herbeigeführt werden soll, die von der gesetzlichen Rechtslage abweicht oder nach den gesetzlichen Vorschriften allein noch nicht gegeben

Beim Merkmal der "Regelung" geht es um die Abgrenzung zwischen VA und schlichtem Verwaltungshandeln.